

PRESSEMITTEILUNG #258 – 11. November 2021

Martin Habersaat & Kirsten Eickhoff-Weber

Fachkräftesicherung muss in der Fläche gewährleistet werden

Die SPD fordert ein Moratorium für die Berufliche Bildung in Schleswig-Holstein. Im Schulterschluss aller Akteur*innen soll eine landesweite Schulentwicklungsplanung entstehen, um auf wegbrechende Angebote zu reagieren. Bis diese fertig ist, soll das Land den Schulen beim Betrieb kleiner Klassen helfen. Einen entsprechenden Antrag hat die SPD zur November-Tagung des Landtags vorgelegt (Drucksache 19/3412).

Kirsten Eickhoff-Weber, Sprecherin für Berufliche Bildung:

„Dem Handwerksbetrieb um die Ecke geht der Nachwuchs aus. Das ist teilweise Folge einer öffentlichen Debatte, die berufliche Bildung und akademische Bildung nicht immer auf Augenhöhe sieht. Und es ist in Teilen Folge einer Not der Beruflichen Schulen, denen es immer schwerer fällt, Ausbildungsgänge aufrecht zu erhalten. Und wenn die Berufsschulklasse für Maler, Tischler, Glaser, Köche, Bäcker oder Friseure nicht mehr in der gewohnten Berufsschule in der Nähe angeboten werden kann, findet der Betrieb keine Nachwuchskräfte mehr. Häufig sind das Ausbildungsbetriebe, die keine Filialen anderswo haben und die ausbilden, weil sie einen guten Kontakt zur Beruflichen Schule in der Nähe haben. Ob diese Nachwuchskräfte nach erfolgter Ausbildung anderswo dann zurückkehren, steht in den Sternen. Deshalb brauchen wir einen Pakt für die Duale Ausbildung. Diese war immer eine Stärke des deutschen Ausbildungssystems. Sie kann es bleiben, wenn wir uns darum kümmern. Dafür brauchen wir eine landesweite Schulentwicklungsplanung und, bis diese fertig ist, ein Moratorium für die Berufliche Bildung in Schleswig-Holstein. Wichtig ist, dass es nicht darum geht, jeden Beruf überall um jeden Preis zu erhalten, sondern darum, eine Perspektive für die Zukunft zu entwickeln.“

Martin Habersaat, Vorsitzender des Arbeitskreises Bildung:

„Die Schülerzahlen der Beruflichen Schulen sinken derzeit. Zum Schuljahr 2020/21 lag sie bei 87.400, 2.100 weniger als im Jahr zuvor. Davon entfielen rund 1.900 auf den Rücklauf der Schülerzahl an den Berufsschulen und davon 1.400 auf die Anzahl junger Menschen mit Auszubildendenverhältnis. Weil das Planstellenzuweisungsverfahren (PZV) nach Schülerzahlen ausgerichtet ist, bekommen die Beruflichen Schulen Probleme, kleine Klassen aufrechtzuerhalten. Und wo ein Ausbildungsgang wegfällt, können entsprechende Berufe im Ausbildungsvorbereitungsjahr dann nicht mehr entsprechend nahegebracht werden. Eine Lösung für dieses Problem kann eine landesweite Schulentwicklungsplanung sein, die eine Grundversorgung definiert und sichert. Bis diese vorliegt, sollen zur Sicherung der Fachkräfteversorgung in der Fläche den Beruflichen Schulen bis auf weiteres über das PZV

keine Stellen mehr gestrichen werden. Geht man von einem ähnlichen Rückgang der Schülerzahlen zum nächsten Schuljahr aus, würde unser Moratorium den Schulen etwa 60 Lehrerstellen erhalten. Dafür müssten in einem Landeshaushalt 3 Millionen Euro bereitgestellt werden; das wäre endlich mal eine konkrete Maßnahme für die Fachkräftesicherung in der Fläche. Trost für Jamaika: Das nächste Schuljahr beginnt erst nach der nächsten Landtagswahl, die SPD würde die Finanzierung dieser Maßnahme nach der Landtagswahl am 8. Mai gerne selbst sicherstellen.“

i.V. Felix Deutschmann

Material:

Unser Antrag: <http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/03400/drucksache-19-03412.pdf>